

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt.

Mittwoch-Beilage:

Samstag-Beilage:

Direktor für Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Illustriertes Sonntagsblatt.

Verantwortlicher Redakteur:
Th. Kirchhübel, Hachenburg.

Tägliche Nachrichten für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebietes.

Druck und Verlag:
Th. Kirchhübel, Hachenburg.

Nr. 65.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis durch die Post: vierteljährlich 1.50 M., monatlich 50 Pfg., ohne Bestellgeld.

Hachenburg, Donnerstag, 18. März 1909

Anzeigenpreis (im voraus zahlbar):
die sechsgealtene Zeile oder deren
Raum 15 Pfg., die Reklamzeile 30 Pfg.

2. Jahrg.

Wo ist unser Platz?

Aber die Stellung Deutschlands zur Balkankrise geht uns folgende Meinungsäußerung an:

Es ist erstaunlich, wie wenig wir Deutschen von auswärtiger Politik verstehen. Da haben wir jahrelang nach einer ruhigen und stetigen Auslandspolitik geschrien. Jetzt haben wir sie in der Stellungnahme des Deutschen Reiches an der Seite Österreich-Ungarns. Und jetzt schreien wir erst recht.

Beschäftigt? Wir wollen den Frieden. Zweifelhaft jemand, daß Fürst Bülow ihn auch will? Oder die österreichische Regierung, die seit langen Monaten schier Unglaubliches eingestrichelt hat, um das Schwert nicht ziehen zu müssen? Und jetzt, wo es anscheinend mit aller Langmut nicht mehr geht, wo die Serben offenbar nur noch durch die Waffen sich zur Raison bringen lassen, jetzt fordern wir ein Zurückweichen von der Seite unseres Bundesgenossen! Was würde der Erfolg sein? Wahrscheinlich würde in der Tat Österreich-Ungarn im Augenblick zähneknirschend das Schwert in die Scheide zurücklegen müssen. Wer hätte es dann dazu gezwungen? Nicht das lächerliche Serbien, nicht die Kriegsgroße Rußlands, nicht Frankreich und England, sondern einzig und allein wir, die wir in dem Augenblicke versagen, wo sich Österreich auf uns stützen wollte. Das würde uns Österreich nie vergessen.

Die Folgen können wir uns leicht ausmalen. Serbien und Montenegro würden unter der Garantie der Mächte den Verbindungstreifen erhalten, nach dem sie sich die Herzen heißer schreien. Österreich würde also im Süden ein fester Niegel vorgeschoben werden; mit österreichischer Balkanpolitik wäre es aus. Und aus mit der Möglichkeit für Österreich, seinen Schwerpunkt, dem Bismarckischen Rate folgend, nach dem Osten zu verlegen. Es würde ihn wieder, durch die Notwendigkeit gezwungen, nach dem Nordwesten verlegen müssen. Da sind rings deutsche Gane. Und einen Zuwachs aus ihnen könnte Österreich trefflich brauchen.

Jedes Jahr fast, und das letzte vielleicht am meisten, hat es deutlicher gemacht, daß in Österreich die Deutschen das staatsverhaltende, die Slawen das staatszerstörende Element sind. Muß jetzt Österreich vor dem serbisch-russischen Slawentum die Segel streichen, so bedeutet das selbstverständlich auch eine moralische Stärkung des Slawentums innerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle. Reder als je werden Tschechen und Slowenen, Slowaken und Polen das Haupt erheben. Soll Österreich dann nicht auseinanderfallen, so wird es sich unbedingt mehr von dem einzigen Staatsstütze, den es hat, dem Deutschtum, zu verschaffen suchen müssen. Wenn es Süddeutschland annectieren könnte, so würde mit einem Schläge die ganze Slawengefahr in seinem Innern beseitigt sein. Was hätte es für Grund, solchen Wünschen nicht Gehör zu schenken? Keinen. Sein Groll über unzureichende Unterstützung nur noch stärker antreiben. Und dann wäre auf einmal die Möglichkeit da, vor der der eiserne Kanzler bleich wurde, vor der er immer warnend, mahnend, beschwörend die Stimme erhob: die Möglichkeit einer Wiederholung der Koalition des siebenjährigen Krieges gegen uns. Rußland würden Ost- und Westpreußen und auch Polen eine sehr schätzenswerte Grenzberichtigung abgeben. Frankreich würde sich mit tausend Freuden Elsass-Lothringen wiederholen, und wenn es das ganze linke Rheinufer mit in den Kauf bekäme, würde es auch nicht eben böse sein. Und England? Nun, es könnte in aller Gemütsruhe zusehen, wie seinem gefährlichsten Konkurrenten auf dem Weltmarkte der Hals umgedreht würde. So könnte es kommen; nein, so müßte es kommen.

Im Augenblicke würden wir also die Kriegswolken verdächtig haben; dafür hätten wir dann aber die Gefahr und — so meinte wenigstens Bismarck — die Gewißheit eines vernichtenden Koalitionskrieges gegen uns in nahe Zukunft gerückt. Heißt das dem Frieden dienen? Wahrscheinlich nein! Vielmehr haben wir hier einen der Fälle vor uns, für die auch in der Politik gilt, daß anständig handeln auch klug handeln heißt. Wir dürfen dem Leiter unserer auswärtigen Politik aufrichtigen Dank sagen, daß er dies erkannt und betätigt hat. Unser politischer Kredit hat sich außerordentlich gehoben, seitdem wir zeigten, daß man sich wirklich auf uns verlassen kann. Und Österreich hat gegenüber all den auswärtigen und inneren Kräften, die es aus dem Bunde mit uns treiben wollen, die greifbare Erinnerung daran, was deutsche Hilfe wert ist. Das sind zwei politische Aktivposten von hohem Werte. Und wenn wir schon aus den Laien unserer großen Staatsmänner der Vergangenheit nichts lernen wollen, dann sollten wir's wenigstens aus den Fehlern unserer kleinen Staatsmänner tun. Das Ziel des Grafen Saurwig im Jahre 1805 war der Frieden um jeden Preis. Deshalb schwante er hin und her und, als es schließlich hart auf hart kam, hatte er nicht den Mut, Napoleon I. die bewaffnete Vermittlung Preußens zugunsten Österreichs entgegenzusetzen. Und die Folge war die Zertrümmerung Preußens im Jahre 1806. Fast genau hundert Jahre ist es jetzt her. Wir sollten Gott danken, daß jetzt kein Graf Saurwig schwächlich und schwächlich unsere Politik leitet.

l. W. H.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Die elsaß-lothringische Regierung hat sich entschieden gegen die Besitzsteuer ausgesprochen. Bei der Beratung des Etats im Landesausschuß erklärte der Unterstaatssekretär der Finanzen, Köhler, die Regierung sei einig mit dem Hause, daß in der Reichsfinanzreform der Weg der Besitzsteuer nicht beschritten werden solle, und daß sie im Bundesrat nach dieser Richtung hin wirken werde.

Nach einer Erklärung aus dem Reichsjustizamt wird die Novelle zur Strafprozessordnung dem Reichstage noch vor Ende dieses Monats zugehen. Im Reichsjustizamt gibt man sich der Hoffnung hin, daß der Reichstag nach Ostern die erste Lesung der Novelle vornehmen wird. Der Bundesrat hat wesentliche Veränderungen an der Vorlage nicht vorgenommen.

Einiges Aufsehen hatten die Ausführungen zweier Minister im englischen Unterhause über das Verhältnis zwischen den deutschen und englischen Flottenrüstungen erregt. Der erste Lord der Admiralität MacKenna hatte gesagt, die Rüstungen Deutschlands hätten England zu dem gleichen Maßstab. Premierminister Asquith antwortete, mehrfach wäre die Anregung an Deutschland ergangen, eine Vereinbarung mit England über die Flottenbauten zu schließen. Deutschland habe stets erklärt, es habe seine Schiffe nicht mit Rücksicht auf England. Es seien schließlich Zusicherungen gegeben worden, die Schiffsbauten fernerhin nicht mehr beschleunigen zu wollen.

Wie unser Berliner CB-Mitarbeiter dazu erfährt, ist der Vorschlag einer Abrüstung amtlich an Deutschland nie herangetreten. Bei den Anspielungen des englischen Premiers könne es sich nur um unverbindliche Meinungsäußerungen hochgestellter Persönlichkeiten handeln.

In der letzten Sitzung der Budgetkommission, die sich mit dem Marineetat befaßte, bestätigten die Äußerungen des Staatssekretärs Tirpitz diese Auffassung wenigstens mit Bezug darauf, daß keine amtlichen Erklärungen erfolgt seien.

Wie unser parlamentarischer Mitarbeiter erfährt, sind die Aussichten für das Zustandekommen einer Nachlasssteuer als gebessert zu betrachten. Fast die Hälfte des Zentrums soll geneigt sein, für diese Steuer in der Form der Nachlass- oder der Erbschaftsteuer zu stimmen. Auch in konservativen Kreisen scheint der Widerstand gegen die Steuer nachzulassen. In mehreren angefragten Fraktionsführungen sollen endgültige Beschlüsse gefaßt werden.

Die Frage der Heranziehung der Entschädigung für Überstundenarbeit zur Steuer ist lange umstritten worden. Bisher bestanden die Behörden darauf, daß der Überstundenlohn versteuert werden müsse. Reklamationen wurden abgewiesen. Jetzt hat der preussische Finanzminister dahin entschieden, die Vergütung für Überstunden der Oberzollbeamten bedeute nur eine Entschädigung für Mehraufwand an Bekleidung, Beköstigung usw. und sei nicht steuerpflichtig. In den interessierten Kreisen nimmt man an, diese Entscheidung sei auch maßgebend für die Überstundenlöhne der Arbeiter und empfiehlt, auf die Entscheidung des Ministers bei den Reklamationen hinzuwirken.

Der erste deutsche Jugendgerichtstag in Berlin hat seine Arbeiten beendet. Die letzte Verhandlung brachte einen bemerkenswerten Vortrag des Geh. Admiralitätsrats Dr. Felsch, der ein allgemeines Jugendgesetz forderte. Insbesondere verlangte er, daß die Grenzen der Straflosigkeit vom 12. auf das 14. Lebensjahr hinausgerückt werden, daß die Straflosigkeit von einer gewissen Reife des Kindes abhängt, und daß die bedingte Strafaussetzung bei bestimmten Straftaten an die Stelle der bedingten Verurteilung tritt. Unter allen Umständen aber muß die Rehabilitation des jugendlichen Verurteilten eintreten können. Staatsminister Dr. Heintz gab im Schlußwort der Hoffnung Ausdruck, daß die bestehenden Organisationen keine Mühe und Kosten scheuen werden, um zum Ziele zu gelangen, und daß es gelingen möge, die Unterstützung des Staates und der Gemeinde zu erhalten.

Zur zweiten Beratung des Bauetats hat im Abgeordnetenhaus das Zentrum den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ersuchen, im Bundesrat auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs oder auf Erlass einer Bundesratsverordnung zum Zweck eines wirksameren Schutzes der Bauarbeiter einzuwirken, für den Fall der Ablehnung seitens des Bundesrats selbst eine solche Regelung im Wege der Gesetzgebung oder der Verordnung durchzuführen.

Zur zweiten Lesung des Militärretats beantragt die freisinnige Fraktionsgemeinschaft des Reichstags, den Reichskanzler wiederholt zu ersuchen, die Reform des gesamten Militärstrafrechts, des Beschwerderechts und des ehrenrührigen Verfahrens gegen Offiziere in die Wege zu leiten. Das Zentrum wünscht Kontrollversammlungen nur einmal — statt bisher zweimal — im Jahre abhalten zu lassen.

Rußland.

Die Verhandlungen, die in Petersburg mit Rifaat Pasha über den Vorschlag einer russischen Finanz-

vermittlung zwischen der Türkei und Bulgarien stattgefunden haben, sind mit der Unterzeichnung des Protokolls beendet worden. Zur Erleichterung der Begleichung der türkischen Ansprüche an Bulgarien, deren Summe auf 125 Millionen Francs bar festgestellt ist, erklärt die russische Regierung der Türkei diejenige Anzahl jährlicher Zahlungen der Kriegskontribution an Rußland, die notwendig wäre, wenn die Türkei die genannte Summe mittels Anleihe erlangen wollte. Rifaat Pasha hat sich von Petersburg über Berlin und Wien nach Rom begeben, um sich bei den Leitern der auswärtigen Politik der Großmächte persönlich über ihren Standpunkt in der Balkanfrage zu informieren.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 17. März. Der Senorenkonvent des Reichstags kam überein, die Osterferien am 1. April zu beginnen und die erste Sitzung nach denselben am 20. April festzusetzen.

Stockholm, 17. März. An Stelle der ausscheidenden Minister v. Trolle, Petersson und Koos wurde zum Landwirtschaftsminister Ingenieur Rosander und zum Minister ohne Portfeuille der Abteilungschef im Kultusministerium Lindström ernannt. Staatsminister Lindman übernimmt vorläufig die Leitung des Ministeriums des Äußeren.

Caracas, 17. März. Beim Bundesgericht ist ein Antrag gestellt, die Auslieferung des früheren Präsidenten Castro vom Auslande zu verlangen, weil er die Ermordung des Generals Parodos und einiger Genossen im Jahre 1907 veranlaßt habe.

Hof- und Personalmeldungen.

Die Abreise der Kaiserjacht „Gohenzollern“, die für Donnerstag angelegt war, ist verschoben worden. Es sollen weitere Befehle aus Berlin abgewartet werden.

Prinz Adalbert von Preußen befindet sich zurzeit wegen einer leichten Mittelohrentzündung in Berlin im Heilanstatorium. Der Verlauf der Krankheit ist durchaus zufriedenstellend. Der Prinz wird dann eine Erholungsreise antreten.

Dem Rittmeister a. D. Georg Büke zu Raschewitz, Kreis Trebnitz, ist der erbliche Adel, seiner Mutter, der Adelskommissarbestirbtin, vermittelten Frau Anna Sophie Büke auf Labischütz im Kreise Müllisch für ihre Person der Adel verliehen worden.

Nach längerem Leiden ist einer der bekanntesten und tüchtigsten Offiziere der preussischen Armee, der General der Infanterie Richard von Seekt, der zuletzt lange Jahre Kommandeur des 5. Armeekorps war, gestorben.

Deutscher Reichstag.

(226. Sitzung.) CB, Berlin, 17. März.
Der Sitzung wohnte Prinz August Wilhelm von Preußen, der vierte Sohn des Kaisers, in der Hofloge bei.

Die zweite Lesung des Militärretats wurde fortgesetzt. Abg. v. Büren (konl.) wandte sich gegen die Ausführungen des Abg. Häusler (Str.). Der Redner erklärte sich gegen die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Kavallerie und befragte dann die Regierung für das Mobische, das bei den Offizieren hervortrete. Die Offiziere sollten auf diesem Gebiete nicht mit dem weiblichen Geschlecht weiterhelfen. Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. W.) führte mit Beziehung auf den Vorredner aus: Es freue ihn, daß jetzt von konservativer Seite dasselbe gefordert werde, was früher so und so oft von seinen Parteigenossen begehrt worden sei, darin gebe sich die ersteherliche Wirkung des Blods kund. Der Redner berührte dann eine Reihe von Fragen, wobei er unter der Heiterkeit des Hauses bemerkte, der Kommandant von Spinnemünde scheine nur zu dem Zweck da zu sein, um beim Vorüberfahren des Kaisers Salut schießen zu lassen. Ferner kam der Redner auf das Militärkabinett zu sprechen, und befragte dessen Übermacht, wobei er von dem Kriegsminister eine klare Auskunft darüber begehrte, wieweit die Zuständigkeit des Militärkabinetts eigentlich gehe. Weiter fragte der Redner über die Bevorzugung des Adels im Heere. Der Redner hob hervor, daß die besten Stellen in den Abteilungen von Adligen besetzt würden, während man die schlechteren und arbeitsreichen Stellen neidlos den Bürgerlichen überlasse. Der Redner schloß mit der Erklärung, ein Kriegsminister sei notwendig, der zwar die Rechte der Krone nicht schmälern lasse, der aber auch seinen Teil an der Kommandogewalt habe.

Die Antwort des Kriegsministers. Hierauf führte Kriegsminister v. Einem aus: Ein sozialdemokratisches Blatt schreibt: Ich hätte gern auf die Ausführungen des Abg. Häusler nichts erwidert, weil ich mich elegant um diese Äußerungen herumdrücken wollte. Heute aber sei vom Militärkabinett an mich der Befehl gelangt: „Einem vor die Front“, und deswegen rede ich heute.“ Meine Herren, das ist Unfug, denn ich bin ein durchaus selbständiger Mann, mir hat noch niemand etwas befohlen, und mir befiehlt auch niemand etwas. Ich rede wann und wie ich will.“ Sodann beschäftigte sich der Kriegsminister v. Einem ausführlich mit der gestrigen Rede des Abg. Häusler. Die dreijährige Dienstzeit bei der Kavallerie müssen wir haben, führte der Minister aus. Die Ausbildung unserer Kavallerie erfordert das unter allen Umständen. Unsere Kavallerie muß auf alle Fälle gerüstet sein und deshalb muß auch die Ausbildung des einzelnen Mannes eine andere sein. Der Lurus im Offizierskorps ist nicht so groß, wie ihn der Abg. Häusler schildert hat. Die meisten Kadetten sind durchaus einfach. Die vornehm ausgestatteten Kadetten verdienen ihre Einrichtung nicht den Offizieren, sondern den älteren Herren, die beim Regiment geführt werden. Aber keine Mittel hinaus zu leben, wird kein Offizier gezwungen. Die Pflicht zu repräsentieren hat, von den kommandierenden Generalen abgesehen, kein Offizier und ich beklage es deshalb aus tiefster Seele, daß altern der Abg. Häusler

